

Friedensmacht und Verteidigungsunion

Überlegungen zur europäischen Sicherheitspolitik aus deutscher Perspektive

von Jürgen Rose

I. Auftrag Europa – die Himmeroder Denkschrift vom 9. Oktober 1950

Als im Herbst 1950 auf Geheiß Konrad Adenauers und mit Billigung des amerikanischen „Hohen Kommissars“ John Jay McCloy fünfzehn einst hochrangige Wehrmachtsoffiziere, darunter zehn Generäle und Admirale, im Eifelkloster Himmerod zusammenkamen, um den militärischen Grundkonsens für eine deutsche Wiederbewaffnung im Kalten Krieg zu definieren, schrieben sie unter dem Rubrum *„Denkschrift des militärischen Expertenausschusses über die Aufstellung eines Deutschen Kontingents im Rahmen einer übernationalen Streitmacht zur Verteidigung Westeuropas“*¹ die Gründungsakte der Bundeswehr. Bereits der Titel dieses Dokuments verweist auf den Umstand, daß die Gründung der Bundeswehr ohne den Rekurs auf den europäischen Kontext völlig undenkbar ist.

Zu Beginn der Klostertagung hatte Herbert Blankenhorn, außenpolitischer Berater des Bundeskanzlers Konrad Adenauer, und ab 1951 Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, den allgemeinpolitischen Rahmen für die Arbeit des Gremiums abgesteckt². Blankenhorn legte dar, daß es das oberste Ziel der deutschen Politik sei, die Bundesrepublik in Westeuropa zu integrieren. Die Abgabe von Teilen der Souveränität an Organe einer europäischen Föderation sei im Art. 24 GG vorgesehen. Unklar sei allerdings noch, ob es eine integrierte europäische Armee im Rahmen einer europäischen Föderation geben werde. Die deutschen Präferenzen neigten der europäischen Armee zu, weil sie die beste Voraussetzung für den europäischen Einigungsprozeß böte. Schon dieses Leitziel der Regierung verbiete die Aufstellung einer nationalen Armee.

¹ *Militärischer Experten-Ausschuss*: Denkschrift des militärischen Expertenausschusses über die Aufstellung eines Deutschen Kontingents im Rahmen einer übernationalen Streitmacht zur Verteidigung Westeuropas, Himmerod, 9. Oktober 1950, dokumentiert in: *Rautenberg, Hans-Jürgen/Wiggershaus, Norbert*. Die „Himmeroder Denkschrift“ vom 9. Oktober 1950. Politische und militärische Überlegungen für einen Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur westeuropäischen Verteidigung, Freiburg 1977 (hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr), S. 37 – 58.

² Vgl. *Rautenberg, Hans-Jürgen/Wiggershaus, Norbert*: a. a. O., S. 23.

Diese Vorgaben seitens des Bundeskanzlers hinsichtlich der Einbettung der neuen deutschen Streitkräfte in den europäischen Kontext spiegelten sich in der fertig ausgearbeiteten "Denkschrift des militärischen Expertenausschusses über die Aufstellung eines Deutschen Kontingents im Rahmen einer übernationalen Streitmacht zur Verteidigung Westeuropas" entsprechend wider. Darin wird unter dem Topos „I. *Militärpolitische Grundlagen und Voraussetzungen*“ der „westdeutschen Bundesregierung“ unter anderem folgender „*politischer Vorschlag*“ unterbreitet:

„Verpflichtung des deutschen Soldaten auf das deutsche Volk – repräsentiert durch den Bundespräsidenten – unter Betonung des gesamteuropäischen Gedankens, solange die westeuropäische Föderation noch keine überstaatliche Form gefunden hat.“³

Außerdem postulieren die Mitglieder: „Einsatz des deutschen Kontingents nur innerhalb Europas.“⁴

Im Abschnitt „V. *Das innere Gefüge*“ formuliert der Expertenausschuß als politische Zielsetzung des zukünftigen deutschen Soldaten:

„Der Soldat des Deutschen Kontingents verteidigt zugleich Freiheit im Sinne der Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit. Diese Werte sind für ihn unabdingbar. Die Verpflichtung Europa gegenüber, in dem diese Ideen entstanden sind und fortwirken sollen, überdeckt alle traditionellen nationalen Bindungen.“⁵

Zudem bestehen die Militärexperten auf einem „Vorrang europäischen Zusammengehörigkeitsgefühls“⁶. Unter dem Topos „*Erzieherisches*“ fordert der Expertenausschuß:

„Durch Schaffung eines europäischen Geschichtsbildes und Einführung in die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen der Zeit kann von der Truppe aus über den Rahmen des Wehrdienstes hinaus ein entscheidender Beitrag für die Entwicklung zum überzeugten Staatsbürger und europä-

³ Rautenberg, Hans-Jürgen/Wiggershaus, Norbert. a. a. O., S. 39.

⁴ *Ibid.*.

⁵ Rautenberg, Hans-Jürgen/Wiggershaus, Norbert. a. a. O., S. 54.

⁶ *Ibid.*.

ischen Soldaten geleistet werden.“⁷

In ihrer Schlußbemerkung definieren die militärischen Experten dann noch, „... daß die Beteiligung an der Verteidigung Europas die einzige Aufgabe des Deutschen Kontingentes sein muß.“⁸ Dementsprechend lautete die übergeordnete Zielsetzung, die Bundeskanzler Adenauer mit der Bereitstellung eines deutschen Verteidigungsbeitrages verband: Erlangung der Souveränität als Folge der Wiederaufrüstung, Sicherheit gegenüber der Aufrüstung in der sowjetischen Besatzungszone und Herbeiführung einer europäischen Föderation. Hierzu war eine internationale westeuropäische Armee zu bilden, zu der Deutschland seinen Beitrag zu leisten hatte. Eine Remilitarisierung Deutschlands durch Aufstellung einer eigenen nationalen militärischen Macht lehnte Adenauer unmißverständlich ab.

Das deutsche Kontingent wurde dementsprechend als »Zweckverband« für die gemeinsame europäische Gesamtverteidigung konzipiert. Lediglich über eine Organisationsspitze des Bundes sollte das deutsche Kontingent in seiner Gesamtheit in eine noch zu schaffende europäisch-föderative Armee eingebracht werden. Diese Präferenz war eindeutig, weshalb die europäisch-atlantische Verteidigung folglich stets im Sinne einer supranationalen Lösung und nicht im Sinne einer Verteidigung von Staaten mit ungeschmälerten Souveränitätsrechten definiert wurde⁹.

II. „US first, Europe second“ – die sicherheitspolitische Präferenzordnung im Weißbuch von 2006

Aufgrund der historischen Rahmenbedingungen der frühen fünfziger Jahre ließ sich die europäisch-föderative Konzeption der deutschen Sicherheitspolitik nicht wie angestrebt im Rahmen der »Europäischen Verteidigungsgemeinschaft« (EVG) realisieren. Statt dessen wurde die Verteidigung Europas nach den Vorgaben der USA innerhalb der Strukturen der Nordatlantischen Allianz und der WEU, der »Westeuropäischen Union«, organisiert. In der Folge dominierte bis zum Ende des Kalten Krieges die US-amerikanische Hegemonialmacht die sicherheits- und verteidigungspolitischen Belange Westeuropas gemäß ihren eigenen nationalen Interessen. Diese Dominanz dauert, wenn auch mittlerweile in abgeschwächter Form, nicht zuletzt aufgrund divergierender

⁷ Rautenberg, Hans-Jürgen/Wiggershaus, Norbert. a. a. O., S. 55f.

⁸ Rautenberg, Hans-Jürgen/Wiggershaus, Norbert. a. a. O., S. 57.

⁹ Vgl. Rautenberg, Hans-Jürgen/Wiggershaus, Norbert. a. a. O., S. 25.

Interessenlagen der Europäer selbst, bis heutzutage fort.

Eine ernstzunehmende Revitalisierung erfuhr der Ansatz einer eigenständigen europäischen Sicherheitspolitik erst nach den zutiefst frustrierenden Erfahrungen, welche die europäischen NATO-Mitglieder mit einer bereits in der Endphase der Clinton-Administration zunehmend unilateral ausgerichteten Außenpolitik der USA machen mußten. Nachdem während des 79-tägigen Luftkrieges gegen Jugoslawien im Frühjahr 1999 die USA weitgehend ohne Rücksichtnahme auf die Interessen ihrer europäischen NATO-Alliierten agiert hatten, wurde noch im selben Jahr auf den Europäischen Räten von Köln und Helsinki eine Verbesserung der militärischen Fähigkeiten der Europäischen Union (EU) vereinbart. Ein Jahr darauf, im Dezember 2000, beschloß der Europäische Rat von Nizza, im Rahmen der bereits bestehenden **Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)** der Europäischen Union die **Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)** zu etablieren, die 2007 im Vertrag von Lissabon in **Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)** umbenannt wurde.

Aus diesen grundlegenden außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Entscheidungen der Europäischen Union resultiert ein Spannungsverhältnis zwischen der tradierten Bündnispolitik im Rahmen der NATO und der sich schrittweise fortentwickelnden ESVP. Dieses spiegelt sich im nach wie vor unverändert gültigen Weißbuch 2006¹⁰ wider, wo sich eine Vielzahl programmatischer Aussagen zu Europa, zur Europäischen Union und zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik einerseits, zur Rolle und Funktion der NATO andererseits findet.

So heißt es dort zwar bereits im *ersten Kapitel* unter der Überschrift „*Grundlagen deutscher Sicherheitspolitik*“:

„Deutschlands Sicherheit ist untrennbar mit der politischen Entwicklung Europas und der Welt verbunden. Deutschland liegt heute in einem immer enger zusammenwachsenden Europa, das seine künstliche Teilung der Nachkriegszeit überwunden hat. Aufgrund seiner Größe, Bevölkerungszahl, Wirtschaftskraft und seiner geografischen Lage in der Mitte des Kontinentes fällt dem vereinigten Deutschland eine zentrale Rolle für die künftige Gestaltung

¹⁰ Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.): Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin 2006.

Europas und darüber hinaus zu.“¹¹

Dessen ungeachtet ist aber zu konstatieren, daß die weiteren Ausführungen im Weißbuch 2006 im Hinblick auf diejenigen Sicherheitsorganisationen, in deren Rahmen die deutsche Sicherheitspolitik agiert, allesamt einer eindeutig und starr fixierten Prioritätenfolge unterliegen, die offenbar aus der jeweiligen Relevanz resultiert, welche jenen Sicherheitsorganisationen beigemessen wird. Diese Prioritätenfolge lautet: Zuerst die **NATO**, dann die **Europäische Union**, gefolgt von der **UNO** und sporadisch der **OSZE**. Den beiden letztgenannten internationalen Organisationen wird indes weitaus geringere Aufmerksamkeit gewidmet – so bleibt die »Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa« bemerkenswerterweise unter den im ersten Weißbuchkapitel genannten, „für die Sicherheit Deutschlands maßgeblichen Organisationen“ ungenannt. Wie ein roter Faden indessen durchzieht im weiteren zuvörderst das Dogma von der Unverzichtbarkeit der NATO das Weißbuch deutscher Sicherheitspolitik.

Zwar findet sich auf der Metaebene, wo die Wertebezüge deutscher Sicherheitspolitik aufgeführt sind, der vom Grundgesetz vorgegebene „Auftrag zur Einigung Europas“ – wenn es in der Folge dann aber um die konkrete Definition sicherheitspolitischer Zielsetzungen der Berliner Republik geht, wird zuvörderst das bereits erwähnte transatlantische Mantra beschworen, nämlich:

„Die zukunftsgerichtete Gestaltung der transatlantischen Partnerschaft im Bündnis und die Pflege des engen und vertrauensvollen Verhältnisses zu den USA bleiben zentrales Ziel deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Die Grundfragen der europäischen Sicherheit können auch künftig nur gemeinsam mit den USA beantwortet werden.“¹²

Den zentralen Ankerpunkt der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland schlechthin konstituiert demnach die NATO im Verbund mit der atlantischen Vormacht USA.

Im Hinblick auf Europa lautet dagegen die Zielbeschreibung:

„Ein weiteres vorrangiges Ziel deutscher Sicherheitspolitik ist die Stärkung des europäischen Stabilitätsraums durch Festigung und Ausbau der europä-

¹¹ *Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.): a. a. O., S. 8.*

¹² *Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.): a. a. O., S. 24.*

ischen Integration und durch eine aktive Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union mit den Staaten Osteuropas, des südlichen Kaukasus, Zentralasiens und des Mittelmeerraums. Zugleich gilt es, eine dauerhafte und belastbare Sicherheitspartnerschaft mit Rußland zu entwickeln und zu vertiefen.“¹³

Und weiter:

„Gemeinsam mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union tritt Deutschland für einen wirksamen Multilateralismus ein.“¹⁴

Auffällig erscheint in diesem Kontext, daß die Europäische Union lediglich als Projektionsfläche und Handlungsfeld für eine letztlich national definierte deutsche Sicherheitspolitik, nicht aber primär als eigenständiger und vorgeordneter außen- und sicherheitspolitischer Akteur begriffen wird. Dies kann indes schwerlich überraschen, sondern muß als die logische Konsequenz einer sicherheitspolitischen Konzeption erscheinen, die der Devise „US first, Europe second“ folgt.

Dies spiegelt sich auch in der formalen Gliederung des *zweiten Weißbuch-Kapitels* wider, das den Titel *„Deutsche Sicherheitspolitik im internationalen Rahmen“* trägt. Von Beginn an, im ersten Abschnitt, wird der NATO und den USA die unvermeidliche Relevanz erwiesen. Dort heißt es einleitend:

„Die transatlantischen Beziehungen bleiben die Grundlage deutscher und europäischer gemeinsamer Sicherheit. Sie bilden das Rückgrat der Nordatlantischen Allianz, des stärksten Ankers der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. ... Auch künftig können die Grundfragen von Europas Sicherheit nur gemeinsam mit den Vereinigten Staaten beantwortet werden. ... Ein enges und vertrauensvolles Verhältnis zu den USA ist für die Sicherheit Deutschlands im 21. Jahrhundert von überragender Bedeutung.“¹⁵

Nachfolgend wird dann rein deskriptiv die institutionelle Ausfächerung der NATO sowie in einer weiteren Passage die sogenannte Transformation der Allianz abgehandelt – selbstredend ohne daß hierbei die immer stärker zutage tretende strukturelle Umwand-

¹³ *Ibid.*

¹⁴ *Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.): a. a. O., S. 25.*

¹⁵ *Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.): a. a. O., S. 30.*

lung des vormals kollektiven Verteidigungsbündnisses in einen global agierenden Militärpakt zur Interventionskriegführung thematisiert wird.

Erst im Anschluß an die Eloge auf die NATO geraten dann die Europäische Union sowie die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik in den Fokus. Bezeichnend erscheint die Verve, mit der die Bundesregierung in ihrem Weißbuch gerade im Hinblick auf die ESVP betont, daß „[d]ieser Prozess ... nicht die Schaffung einer europäischen Armee [impliziert].“¹⁶

Abgeschlossen wird das den internationalen Bezügen der deutschen Sicherheitspolitik gewidmete Kapitel mit einem Abschnitt über das Verhältnis zwischen NATO und Europäischer Union – wobei wiederum gebetsmühlenhaft das transatlantische Mantra beschworen wird, denn:

„Die strategische Partnerschaft von NATO und EU ist eine tragende Säule der europäischen und transatlantischen Sicherheitsarchitektur. EU und NATO stehen nicht in Konkurrenz, sondern leisten komplementäre Beiträge zu unserer Sicherheit. ...

Die Zusammenarbeit beider Organisationen sollte insbesondere in den Bereichen der Bekämpfung des internationalen Terrorismus, der Koordinierung des Zivilschutzes sowie der Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen intensiviert werden. ... „¹⁷

Wird wie aufgezeigt im Weißbuch 2006 der NATO als „stärkstem Anker der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ die eindeutige Priorität weit vor den sich entfaltenden sicherheitspolitischen Strukturen der Europäischen Union eingeräumt, so gilt dies erst recht im Hinblick auf die UNO und die OSZE, die in den Augen der Berliner Militärpolitiker allenfalls ein Schattendasein fristen. Zwar wird deklaratorisch den Vereinten Nationen durchaus gewisse Reverenz erwiesen, indem man dem UNSicherheitsrat die „Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und die internationale Sicherheit“¹⁸ konzidiert. Wie im Bendlerblock aber tatsächlich über die UNO gedacht wird, zeigt sich unter anderem daran, daß das völkerrechtlich zwingend (*ius cogens*) kodifizierte Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen nicht an ein-

¹⁶ Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.): a. a. O., S. 43.

¹⁷ Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.): a. a. O., S. 49ff.

¹⁸ Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.): a. a. O., S. 53.

ziger Stelle im Weißbuch auftaucht – ganz im Gegenteil: Post festum wird der völkerrechtswidrige Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien im Jahre 1999 umgedeutet zur „Intervention im Kosovo“, aus welcher „die völkerrechtliche Lehre von der »Responsibility to Protect«¹⁹ entstanden“ sei – mit solcherart argumentativen Taschenspielertricks wird Völkerrechts- und Verfassungsbruch zur regierungsamtlichen Sicherheitsdoktrin der Zukunft erhoben.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß in der regierungsamtlichen Weißbuch-Prosa weder die Entwicklung des transatlantischen Verhältnisses nach dem Ende des Kalten Krieges noch die seither fundamental gewandelte Bedeutung und Funktion der NATO auch nur im Ansatz angemessen reflektiert wird. Dasselbe gilt im Hinblick auf die Systeme gegenseitiger kollektiver Sicherheit in Gestalt von UNO und OSZE. Unter einer europäischen Perspektive erscheint daher eine kritische Betrachtung des Atlantischen Bündnisses und damit korrespondierend der Entwurf einer alternativen sicherheitspolitischen Konzeption unabdingbar.

III. Europa als Verteidigungsunion und Friedensmacht der Zukunft

a. Die transatlantische Allianz – ein Auslaufmodell

Das Movers für die Entwicklung seiner „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) sowie seiner „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP), die das vermeintlich „alte“ Europa seit geraumer Zeit mit Nachdruck betreibt, hat Deutschlands hochgeschätzter Gesellschaftsphilosoph Jürgen Habermas vor geraumer Zeit schon auf den Punkt gebracht, als er im transatlantischen Frontblatt dieser Republik zu Protokoll gab: „Der erklärte Unilateralismus der USA hat seit der Verkündung der Bush-Doktrin im Herbst 2002 die Glaubwürdigkeit der normativen Grundlagen westlicher Politik zerstört. Als Katalysator einer neuen Weltunordnung hat er auf allen Seiten eine sozialdarwinistische Enthemmung von Gewaltpotenzialen und rücksichtslose Verfolgung nationaler Interessen ausgelöst.“²⁰

Daß sich an der mit einem unverhohlenen Anspruch auf globale Hegemonie gepaarten Arroganz militärischer Machtentfaltung der USA auch unter dem in Oslo zum Friedensfürsten gekürten Präsidenten Barack Hussein Obama nicht das geringste geändert hat,

¹⁹ *Ibid.*

²⁰ *Habermas, Jürgen*: Erste Hilfe für Europa. Die europäischen Regierungen müssen über ihren Schatzen springen – und den eigenen Bürgern endlich die Chance geben, über die Zukunft der Union zu entscheiden, in: *Die Zeit*, Nr. 49, 29. November 2007, S. 6.

demonstriert schlagend der aus fernab des Kriegsschauplatzes in den USA gelegenen, unangreifbaren Gefechtsständen gesteuerte, feige²¹ und verheerende Drohnenkrieg²², den der US-Präsident vornehmlich durch die »Special Activities Division« seines Geheimdiensts CIA sowie das in Tampa, Florida gelegene »United States Special Operations Command« (SOCOM)²³ mit hoher Intensität fortführen lässt²⁴ und dem unbeteiligten Zivilisten zu Hunderten, wenn nicht gar zu Tausenden zum Opfer fallen²⁵. Der US-amerikanische Professor Michael Boyle, der an in Pennsylvania gelegenen La Salle University in Philadelphia, lehrt und ehemals Berater in der Expertengruppe für Terrorabwehr während Obamas Wahlkampf war, bringt den hochgradig kriminellen Charakter von dessen Mordprogramm mit den Worten auf den Punkt: „Mit der Aufstellung von Todeslisten und der Ausweitung der Drohnenangriffe »bricht Präsident Obama sein Versprechen, die Antiterrorpolitik mit der US-Verfassung in Einklang zu bringen« [...].

²¹ Zur Risikolosigkeit des Tötens per Joystick liefert der Politikwissenschaftler Herfried Münkler, ausgewiesener Transatlantiker und Bellizist, unter dem Rubrum „Verlust des Heroischen“ eine bemerkenswerte Charakterisierung: „Das Fluggerät, das er bedient, ist Hunderte, wenn nicht Tausende von Kilometern vom Steuerungszentrum entfernt, so dass die von ihm Angegriffenen nicht die mindeste Chance haben, den Urheber des Angriffs zu bekämpfen. Sie sind ihm wehrlos ausgeliefert. Mögen sie sonst noch so sehr zum Kampf entschlossen sein, gegenüber den von der Kampfdrohne abgefeuerten Raketen sind sie bloße Opfer. Der Angriff auf sie erfolgt aus heiterem Himmel, und wir können uns vorstellen, dass der Feuerleitoffizier der den Angriff von seinem klimatisierten Steuerungsraum aus befohlen hat, danach zu seiner Cola greift und sich entspannt. Anschließend wird er zu Protokoll geben, was er nach seinen Beobachtungen erreicht hat.“ *Münkler, Herfried: Vom Kämpfer zum Spieler? Der Wandel des Soldatentums im Zeitalter der Hightech-Waffen*, in: Rotary Magazin, Nr. 6/2013, S. 40-43.

²² Vgl. *International Human Rights and Conflict Resolution Clinic (Stanford Law School) and Global Justice Clinic (NYU School Of Law) (eds.): Living Under Drones: Death, Injury, and Trauma to Civilians From US Drone Practices in Pakistan*, Stanford/New York, September, 2012, <http://livingunderdrones.org/>, *Smith, Clive Stafford: Drones: the west's new terror campaign. The CIA's Predator drones are bringing to Pakistan the same horror that Hitler's doodlebugs inflicted on London*, in: *The Guardian*, 25 September 2012, <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2012/sep/25/drones-wests-terror-weapons-doodlebugs-1>, *United Nations, General Assembly, Human Rights Council (ed.): Report of the Special Rapporteur on extrajudicial, summary or arbitrary executions*, Christof Heyns, A/HRC/20/22/Add.3, 30 March 2012.

²³ Vgl. *Anonymous: United States Special Operations Command*, <http://www.socom.mil/default.aspx> sowie http://en.wikipedia.org/wiki/United_States_Special_Operations_Command.

²⁴ Siehe *Becker, Jo/Shane, Scott: Secret 'Kill List' Proves a Test of Obama's Principles and Will*, in: *The New York Times*, May 29, 2012, <http://www.nytimes.com/2012/05/29/world/obamas-leadership-in-war-on-al-qaeda.html>, *Ege, Konrad: Der Präsident bittet zum „Terror-Dienstag“*. USA. In wöchentlichen Meetings entscheidet Barack Obama, welche Al-Qaida-Mitglieder auf die Todesliste kommen, in: *der Freitag* vom 6. Juni 2012, Nr. 23, S. 9, <http://www.freitag.de/autoren/der-freitag/der-white-house-terminator>, *Rüb, Matthias: Lizenz zum Töten*. Amerikas Präsident hat den Kampf mit Drohnen nicht nur von seinem Amtsvorgänger übernommen. Er hat ihn ausgeweitet. Aus dem Friedensnobelpreisträger ist ein Krieger geworden, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 4. August 2012, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/obamas-drohnenkrieg-lizenz-zum-toeten-11843805.html>.

²⁵ Siehe *International Human Rights and Conflict Resolution Clinic (Stanford Law School) and Global Justice Clinic (NYU School Of Law) (eds.): a. a. O.*

Obama ha[t] »vom Oval Office aus die außergerichtliche Tötung zur Routine und zu einem normalen Vorgang gemacht, indem er Amerikas einstweiligen Vorsprung in der Drohnentechnologie dazu nutzt, in Afghanistan, Pakistan, im Jemen und in Somalia Schattenkriege zu führen. Ohne eine Prüfung durch die Legislative und die Gerichte und unsichtbar für die Öffentlichkeit genehmigt Obama Woche für Woche Morde, wobei die Debatte über die Schuld und Unschuld der Kandidaten für die ›Todesliste‹ hinter verschlossenen Türen geführt wird.«²⁶

Diese Erkenntnis ist mittlerweile durchaus auch in Deutschland angelangt, wie ein Leitartikel des FAZ-Herausgebers Berthold Kohler in seinem gewöhnlich jedweder anti-amerikanischer Umtriebe unverdächtigen Intelligenzblatt belegt. Am 3. Juli dieses Jahres stand dort zu lesen: „Der Friedensnobelpreisträger hat gelernt, die Drohne zu lieben. Er ist vom Vorkämpfer für weltweite nukleare Abrüstung zum Feldherrn eines weltumspannenden Drohnenkriegs geworden. Dieser Feldzug ist Obamas Antwort auf die asymmetrische Kriegsführung des islamistischen Terrorismus. Die Drohne ist die Waffe, mit der er die Terroristen terrorisiert. Und ohne Gerichtsverfahren exekutiert. Unschuldige Dritte, die diesen ‚chirurgischen‘ Schlägen zum Opfer fallen, werden als ‚Kollateralschäden‘ bagatellisiert.“²⁷

Indes löst keineswegs nur die „Ermordung von Zivilisten ohne Gerichtsverfahren im ‚Drohnenkrieg‘“²⁸, wie der Datenschutzbeauftragte der Piratenpartei, Patrick Breyer, anmerkt, Zweifel an der Fortexistenz der seitens der transatlantischen Pseudo-Elite hierzulande gebetsmühlenhaft beschworenen Wertegemeinschaft aus. Weitere Positionen, die Breyer auf der Liste habitueller US-amerikanischer Menschenrechtsverbrechen notiert, umfassen:

- den Vollzug der Todesstrafe,
- die zeitlich unbegrenzte Gefangennahme ohne Anklage in Lagern wie Guantánamo,
- die Aburteilung von Personen vor nicht rechtsstaatlichen Sondergerichten („military commissions“),
- die Verschleppung von Personen in Folterstaaten,

²⁶ Scahill, Jeremy: a. a. O., S. 594.

²⁷ Kohler, Berthold: Angst und Schrecken, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 151 vom 3. Juli 2014, S. 1.

²⁸ Breyer, Patrick: War da was? Als hätte es den NSA-Skandal nicht gegeben: Die EU will den USA jetzt ganz freiwillig Bürgerdaten liefern. Ein Gastbeitrag von Patrick Breyer, in: *Die Zeit*, Nr. 19, 3. Mai 2014; <http://www.zeit.de/2014/19/datenschutzabkommeneueberwachungnsa/komplettansicht>.

- die Verhängung von Flugverboten und Finanzsperren oder
- die Aufnahme in Verdachtslisten ohne gerichtliche Genehmigung und Überprüfungsmöglichkeit²⁹

Den alles überragenden, weil für die Frage Rechts- oder Unrechtsstaat schlechthin entscheidenden Topos jedoch markiert die Außerkraftsetzung des Habeas-Corpus-Prinzips in den USA im Jahre 2006. Die Europäische Menschenrechtskonvention stuft dieses Recht auf Schutz vor willkürlicher Inhaftierung in Artikel 5 als Menschenrecht ein. In Deutschland werden die Habeas-Corpus-Rechte durch Art. 104 des Grundgesetzes³⁰ geschützt.

Ungeachtet des Umstandes, daß der Supreme Court die Regelung am 12. Juni 2008 für verfassungswidrig erklärt hatte, unterzeichnete US-Präsident Obama am 31. Dezember 2011 das Nationale Verteidigungsbevollmächtigungsgesetz (NDAA), das die Festnahme von Personen unter Terrorverdacht durch das Militär und eine Haft unbegrenzter Dauer in Militärgefängnissen ohne Gerichtsverfahren, Rechtsbeistand oder Berufungsmöglichkeit erlaubt. Eine Verbringung ins Ausland oder die Übergabe an ausländische Rechtsträger ist möglich. Festnahmen auf dem Boden der USA sowie von US-amerikanischen Bürgern sollen durch nicht-militärische Kräfte erfolgen³¹. In der Konsequenz bedeutet dies, daß sich die US-Regierung das Recht anmaßt, jeden beliebigen Menschen unter dem Vorwand des Terrorismus ohne richterliche Verfügung auf unbestimmte Zeit an irgendeinen Ort der Welt einzukerkern – ganz so wie dies weltweit in ordinären faschistoiden resp. faschistischen Schurkenstaaten Usus ist³². Völ-

²⁹ Vgl. *Breyer, Patrick*: a.a.O..

³⁰ Art 104 GG lautet: (1) Die Freiheit der Person kann nur auf Grund eines förmlichen Gesetzes und nur unter Beachtung der darin vorgeschriebenen Formen beschränkt werden. Festgehaltene Personen dürfen weder seelisch noch körperlich mißhandelt werden. (2) Über die Zulässigkeit und Fortdauer einer Freiheitsentziehung hat nur der Richter zu entscheiden. Bei jeder nicht auf richterlicher Anordnung beruhenden Freiheitsentziehung ist unverzüglich eine richterliche Entscheidung herbeizuführen. Die Polizei darf aus eigener Machtvollkommenheit niemanden länger als bis zum Ende des Tages nach dem Ergreifen in eigenem Gewahrsam halten. Das Nähere ist gesetzlich zu regeln. (3) Jeder wegen des Verdachtes einer strafbaren Handlung vorläufig Festgenommene ist spätestens am Tage nach der Festnahme dem Richter vorzuführen, der ihm die Gründe der Festnahme mitzuteilen, ihn zu vernehmen und ihm Gelegenheit zu Einwendungen zu geben hat. Der Richter hat unverzüglich entweder einen mit Gründen versehenen schriftlichen Haftbefehl zu erlassen oder die Freilassung anzuordnen. (4) Von jeder richterlichen Entscheidung über die Anordnung oder Fortdauer einer Freiheitsentziehung ist unverzüglich ein Angehöriger des Festgehaltenen oder eine Person seines Vertrauens zu benachrichtigen.

³¹ Vgl. *Anonym*: Habeas Corpus, http://de.wikipedia.org/wiki/Habeas_Corpus.

³² Zur Entwicklung faschistoider resp. faschistischer Tendenzen in Staat und Gesellschaft der USA vgl. *Stelzenmüller, Constanze*: Justizfarce im Niemandsland. US-Tribunale, nicht ordentliche Gerichte, sollen über die Gefangenen des Lagers von Guantánamo richten, in: *Die Zeit*, Nr. 32, 31. Juli 2003,

kerrechtlich definiert das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs eine derartige Handlungsweise als Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Die Verkommenheit der selbsternannten „indispensable nation“ formulierte wohl am pointiertesten der Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner, als er notierte: „Die USA, die, seit es sie gibt, allen anderen Moral predigen, um ihre eigenen Gräueltaten zu kaschieren, entstanden selbst auf dem Boden nackter Gewalt – durch Ausmordung der Roten und Versklavung der Schwarzen – die Basis ihrer ganzen Freiheit und Demokratie: blutige ‚Realpolitik‘ und bigottes Geschwätz.“³³ Letzteres gilt deckungsgleich für die vermeintliche transatlantische Wertegemeinschaft: leeres Geschwätz.

Bleibt noch die Frage nach der ebenso häufig beschworenen transatlantischen Interes-

S. 5; <http://www.zeit.de/2003/32/Kriegsgefangene>; Böhm, Andrea: Kampf an der Heimatfront. Zwei Jahre nach den Terrorangriffen: George W. Bush und seine Republikaner gefährden im eigenen Land demokratische Grundrechte, die sie im Irak einführen wollen, in: Die Zeit, Nr. 38, 11. September 2003; <http://www.zeit.de/2003/38/heimatfront>; S. 13-18; Klein, Naomi: Nie wieder, nie zuvor. Debatte ohne Gedächtnis. Der Einsatz von Folter durch US-Behörden geht nicht erst auf die Regierung von George Bush zurück, in: *der Freitag* vom 6. Januar 2006, Nr. 1, S. 7; <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/nie-wieder-nie-zuvor>; Elsässer, Jürgen: Die Putschisten. Die sogenannten Neokonservativen betreiben die Faschisierung der US-amerikanischen Gesellschaft, in: *Zeit-Fragen*, Nr. 2, 15. Januar 2007, S. 7f; Roberts, Bob: NSA : Faschismus im Namen der Nationalen Sicherheit ?, 3. Juli 2013; <http://machtelite.wordpress.com/2013/07/03/nsa-faschismus-im-namen-der-nationalen-sicherheit/>; Blum, Daniel: Alarmruf "Faschismus". Naomi Wolf: Wie zerstört man eine Demokratie. Das 10-Punkte-Programm, in: *Deutschlandfunk – Andruck - Das Magazin für Politische Literatur*, 03.11.2008; http://www.deutschlandfunk.de/alarmruf-faschismus.1310.de.html?dram:article_id=193707. Mit folgenden Worten schwingt die amerikanische Kulturkritikerin Naomi Wolf in ihrem Buch die größtmögliche Keule, nämlich den Faschismus-Vorwurf: „Der Übergang zum Faschismus erfolgt in Form zahlreicher gleichzeitiger Angriffe auf die Demokratie, die irgendwann eine kritische Masse erreichen einen Kipppunkt. Sind bestimmte Kontrollen und Gegengewichte erst einmal zerstört und bestimmte Institutionen eingeschüchtert, entwickeln sich die Ereignisse auf einmal sehr schnell, und es kommt bald ein Punkt, von dem aus eine Rückkehr zu den bisherigen Ereignissen kaum noch möglich ist.“ Inhaltlich in dieselbe Richtung zielt auch John Dean, ehemaliger Berater des US-Präsidenten Richard Nixon, heute ein bekannter liberaler Publizist, der diesbezüglich zu Protokoll gibt: „Ich bin besorgt, weil ein proto-faschistisches Verhalten zu erkennen ist, ein Verhalten mit faschistischen Grundmustern – Sind wir deswegen also auf dem Weg in den Faschismus? – Nein. Aber wir sind davon nicht weit entfernt. – Menschen, die etwas davon verstehen, sagen, daß der Faschismus bei uns mit einem lächelnden Antlitz auftritt und uns dazu bewegt, dort freiwillig Rechte aufzugeben, wo wir vielleicht einmal sagen werden: ‚Hätten wir das doch nie getan.‘“ (Beide Zitate aus *Blum, Daniel*: a. a. O.).

Zur Folterpraxis der USA in jüngster Zeit siehe: *United States Senate/Senate Select Committee on Intelligence (ed.): Committee Study of the Central Intelligence Agency's Detention and Interrogation Program*, Washington D. C., December 3, 2014; <http://www.intelligence.senate.gov/study2014/sscistudy1.pdf>; Anonymous: Senate Intelligence Committee report on CIA torture; http://en.wikipedia.org/wiki/Senate_Intelligence_Committee_report_on_CIA_torture; Anonym (ras): So bestialisch quälte die CIA ihre Gefangenen, in: *SPIEGEL ONLINE*, 10. Dezember 2014; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/cia-folterbericht-die-zehn-schlimmsten-quaereien-der-cia-a-1007646.html>.

³³ Deschner, Karlheinz: Der Moloch. „Sprecht sanft und tragt immer einen Knüppel bei euch!“ Zur Amerikanisierung der Welt, Stuttgart/Wien 1992, S. 22.

sengemeinschaft zu klären. Zu diesem Behufe empfiehlt es sich, bevor europäische „Überzeugungstäter“ wie Helmut Schmidt, Egon Bahr oder Jürgen Habermas zu Worte kommen, zunächst einen Blick auf wichtige US-amerikanische Protagonisten zu werfen – nicht zuletzt, um dem wohlfeilen Anwurf des Anti-Amerikanismus entgegenzuwirken.

Die mehr als einhundertzwanzigjährige außenpolitische Praxis der USA legt der Pulitzerpreisgekrönte US-Journalist Stephen Kinzer in seinem Buch „Overthrow: America's Century of Regime Change from Hawaii to Iraq“, auf Deutsch erschienen unter dem Titel „Putsch! Zur Geschichte des amerikanischen Imperialismus“, umfassend dar. Das Paradigma des Regimewechsels beschreibt der Autor so: „Die Vereinigten Staaten bedienen sich einer ganzen Reihe von Methoden, um sich andere Länder gefügig zu machen. In vielen Fällen greifen sie auf altehrwürdige diplomatische Taktiken zurück, indem sie Regierungen, die Amerika unterstützen, Belohnungen in Aussicht stellen, und denen, die das nicht tun, mit Vergeltung drohen. Manchmal verteidigen sie befreundete Regime gegen den Zorn oder Aufruhr des jeweiligen Volks. In einer Vielzahl von Fällen haben sie stillschweigend Staatsstriche oder Revolutionen unterstützt, die von anderen angezettelt wurden. Zweimal, im Zusammenhang mit den beiden Weltkriegen, haben sie mitgeholfen Herrschaftssysteme zu stürzen und neue an die Macht zu bringen. ... Das erwies sich als musterbildend für künftiges Verhalten. Durch das ganze zwanzigste Jahrhundert und bis in den Anfang des einundzwanzigsten hinein haben die Vereinigten Staaten immer wieder die Macht ihrer Streitkräfte und ihrer Geheimdienste eingesetzt, um Regierungen zu stürzen, die den amerikanischen Interessen ihren Schutz verweigerten. Jedesmal bemäntelten sie ihre Einmischung mit dem schönfärberischen Hinweis auf Sicherheitsbedürfnisse der Nation und den Kampf für die Freiheit. In den meisten Fällen indes lagen ihren Aktionen hauptsächlich ökonomische Motive zugrunde – vor allem der Anspruch, amerikanische Geschäftsinteressen rund um die Welt zu untermauern, zu befördern und zu verteidigen und jede Störung von ihnen fernzuhalten.“³⁴

Zu diesem Zweck unterhält das US-amerikanische Imperium der Barbarei derzeit ein Netz von mehr als achthundert Militärbasen, das sich um den gesamten Globus erstreckt und die Hardware für die ökonomische Kolonisierung des Planeten mit militärischen Gewaltmitteln, vulgo Globalisierung, bereitstellt.

³⁴ Kinzer, Stephen: Putsch! Zur Geschichte des amerikanischen Imperialismus, Frankfurt/Main 2006, S. 9ff.

Das extrem ausgeklügelte und zugleich äußerst perfide Funktionsprinzip dieser Kombination von Außenwirtschafts- und Militärgewaltpolitik beschreibt einer der Insider, der diesem System jahrelang zu Diensten war, nämlich der US-Amerikaner John C. Perkins in seinem Bericht „Bekenntnisse eines Economic Hit Man. Unterwegs im Dienste der Wirtschaftsmafia.“ Darin charakterisiert er den Wirkungsmechanismus, der dem US-imperialistischen Herrschaftsmodell zugrundeliegt, als ein Drei-Stufen-System aus „Wirtschaftskillern (EHM)“, „Geheimdienst-Schakalen“ und Militär: „Die Raffinesse, mit der dieses moderne Reich aufgebaut wird, stellt die römischen Zenturionen, die spanischen Konquistadoren und die europäischen Kolonialmächte des 18. und 19. Jahrhunderts bei weitem in den Schatten. Wir EHM sind schlau, wir haben aus der Geschichte gelernt. Wir tragen keine Schwerter mehr. Wir tragen keine Rüstung oder Kleidung, die uns verraten könnte. In Ländern wie Ecuador, Nigeria oder Indonesien kleiden wir uns wie Schullehrer und Ladenbesitzer. In Washington und Paris sehen wir wie Regierungsbeamte oder Banker aus. Wir wirken bescheiden und normal. Wir besuchen Projekte und schlendern durch verarmte Dörfer. Wir bekunden Altruismus und sprechen mit den Lokalzeitungen über die wunderbaren humanitären Leistungen, die wir vollbringen. Wir bedecken die Konferenztische von Regierungsausschüssen mit Tabellen und finanziellen Hochrechnungen und halten an der Harvard Business School Vorlesungen über die Wunder der Makroökonomie. Wir sind stets präsent und agieren ganz offen. Oder zumindest stellen wir uns so dar und werden so akzeptiert. So funktioniert das System. Wir greifen selten zu illegalen Mitteln, weil das System auf Täuschung basiert, und das System ist von der Definition her legal.

Aber (und das ist ein sehr starkes »Aber«) wenn wir scheitern, greift eine ganz besonders finstere Truppe ein, die wir EHM als Schakale bezeichnen, Männer, die die direkten Erben dieser frühen Weltreiche sind. Die Schakale sind immer da, sie lauern im Schatten. Wenn sie auftauchen, werden Staatschefs gestürzt oder sterben bei »Unfällen«. Und wenn die Schakale versagen sollten, wie zum Beispiel in Afghanistan oder im Irak, dann muß doch wieder das alte Modell erhalten. Dann werden junge Amerikaner in den Krieg geschickt, um zu töten und zu sterben. ... Economic Hit Man, Schakale und Soldaten werden eingesetzt werden, so lange man nachweisen kann, daß durch ihre Aktivitäten wirtschaftliches Wachstum erzeugt oder gefördert wird – und

Wachstum ist fast immer die Folge ihrer Machenschaften.“³⁵ Wobei festzuhalten bleibt, daß die Profiteure des Wachstums in den USA und allenfalls noch in deren alliierten Vasallenstaaten sitzen, während die betroffenen Ökonomien in den unterworfenen Regionen in der neoliberalen Schuldenfalle landen. Auf diese Weise schafft man sich willige Vasallen in der Schuldknechtschaft, die sich – Pustekuchen Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und soziale Marktwirtschaft – nach Belieben auf dem Schachbrett der Geoökonomie und -strategie hin- und herschieben lassen.

Die horrenden Effekte für die von solcherart skrupelloser Macht-, Ausplünderungs- und Gewaltpolitik westlicher Provenienz unter Rädelsführerschaft der USA betroffenen Länder rund um den Globus brachte der Literaturnobelpreisträger Harold Pinter in seiner – von den westlichen Konzernmedien symptomatischerweise weitgehend totgeschwiegenen – Preisrede vom 7. Dezember 2005 glasklar auf den Punkt, als er sagte: „In diesen Ländern hat es Hunderttausende von Toten gegeben. Hat es sie wirklich gegeben? Und sind sie wirklich alle der US-Außenpolitik zuzuschreiben? Die Antwort lautet ja, es hat sie gegeben, und sie sind der amerikanischen Außenpolitik zuzuschreiben. Aber davon weiß man natürlich nichts. Es ist nie passiert. Nichts ist jemals passiert. Sogar als es passierte, passierte es nicht. Es spielte keine Rolle. Es interessierte niemand. Die Verbrechen der Vereinigten Staaten waren systematisch, konstant, infam, unbarmherzig, aber nur sehr wenige Menschen haben wirklich darüber gesprochen. Das muß man Amerika lassen. Es hat weltweit eine ziemlich kühl operierende Machtmanipulation betrieben, und sich dabei als Streiter für das universelle Gute gebärdet. Ein glänzender, sogar geistreicher, äußerst erfolgreicher Hypnoseakt. Ich behaupte, die Vereinigten Staaten ziehen die größte Show der Welt ab, ganz ohne Zweifel. Brutal, gleichgültig, verächtlich und skrupellos, aber auch ausgesprochen clever.“³⁶

Drängen sich vielleicht bereits an dieser Stelle erste Zweifel an einer vorgeblich den Atlantik überspannenden Interessengemeinschaft auf, so verdichten sich diese sicherlich angesichts der Analyse, die der einflußreiche Geostratege und Politikberater Zbigniew Brzezinski, dereinst Nationaler Sicherheitsberater des US-Präsidenten Jimmy Carter und heute der von Barack Obama, liefert. Die für das Atlantische Bündnis maßgebliche

³⁵ Perkins, John C.: Bekenntnisse eines Economic Hit Man. Unterwegs im Dienste der Wirtschaftsmafia, München 2005, S. 28f und 355.

³⁶ Pinter, Harold: Kunst, Wahrheit & Politik – Nobelvorlesung, 7. Dezember 2005, DIE NOBELSTIFTUNG 2005, http://www.nobelprize.org/nobel_prizes/literature/laureates/2005/pinter-lecture-g.html.

Interessenlage der USA bringt Brzezinski wie folgt auf den Punkt: „Die Nordatlantische Allianz, die unter dem Kürzel NATO firmiert, bindet die produktivsten und einflußreichsten Staaten Europas an Amerika und verleiht den Vereinigten Staaten selbst in innereuropäischen Angelegenheiten eine wichtige Stimme. ... Vor allen Dingen aber ist Europa Amerikas unverzichtbarer geopolitischer Brückenkopf auf dem europäischen Kontinent. Die alte Welt ist für die USA von enormem geostrategischen Interesse. ... [D]as Atlantische Bündnis [verankert] den politischen Einfluß und die militärische Macht Amerikas unmittelbar auf dem eurasischen Festland. Beim derzeitigen Stand der amerikanisch-europäischen Beziehungen, da die verbündeten europäischen Nationen immer noch stark auf den Sicherheitsschild der USA angewiesen sind, erweitert sich mit jeder Ausdehnung des europäischen Geltungsbereichs automatisch auch die direkte Einflußsphäre der Vereinigten Staaten. Umgekehrt wäre ohne diese engen transatlantischen Bindungen Amerikas Vormachtstellung in Eurasien schnell dahin. Seine Kontrolle über den Atlantischen Ozean und die Fähigkeit, Einfluß und Macht tiefer in den eurasischen Raum hinein geltend zu machen, wären dann äußerst begrenzt. ... Tatsache ist schlicht und einfach, daß Westeuropa und zunehmend auch Mitteleuropa weitgehend ein amerikanisches Protektorat bleiben, dessen alliierte Staaten an Vasallen und Tributpflichtige von einst erinnern. ... Bedient man sich einer Terminologie, die an das brutalere Zeitalter der alten Weltreiche gemahnt, so lauten die drei großen Imperative imperialer Geostrategie: Absprachen zwischen den Vasallen zu verhindern und ihre Abhängigkeit in Fragen der Sicherheit zu bewahren, die tributpflichtigen Staaten fügsam zu halten und zu schützen und dafür zu sorgen, daß die »Barbaren«völker sich nicht zusammenschließen.“³⁷

Ganz als Fleisch vom Fleische Brzezinskis erweist sich der Gründer des US-Think Tanks STRATFOR und äußerst einflußreiche sicherheitspolitische Lobbyist George Friedman, der in seiner brandaktuellen Analyse zur Ukraine-Krise, die jüngst unter dem Titel „U.S. Defense Policy in the Wake of the Ukrainian“ das Licht der Welt erblickte, verlauten läßt: „U.S. national strategy must be founded on the control of the sea. The oceans protect the United States from everything but terrorism and nuclear missiles. The greatest challenge to U.S. control of the sea is hostile fleets. The best way to defeat hostile fleets is to prevent them from being built. The best way to do that is to main-

³⁷ *Brzeziński, Zbigniew*: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Frankfurt am Main 2001⁴, S. 48f, 65f, 91f.

tain the balance of power in Eurasia. The ideal path for this is to ensure continued tensions within Eurasia so that resources are spent defending against land threats rather than building fleets. Given the inherent tensions in Eurasia, the United States needs to do nothing in most cases. In some cases it must send military or economic aid to one side or both. In other cases, it advises. ... In order for this strategy, which the U.S. inherited from the British, to work, the United States need an effective and relevant alliance structure. The balance-of-power strategy assumes that there are core allies who have an interest in aligning with the United States against regional enemies.“³⁸

Mit dieser hundertprozentig zutreffenden Analyse knüpft Friedman unmittelbar an zentrale Axiome US-amerikanischen geostrategischen Denkens, wie Halford Mackinder's „Heartland Theory“³⁹ und Alfred Thayer Mahan's „Influence of Sea Power Upon History“⁴⁰, an. Angesichts dieser skrupellos vor aller Augen klargelegten geostrategischen Interessenlage des Imperium Americanum muß es nachgerade unfaßbar erscheinen, daß es hierzulande und auch bei unseren europäischen Nachbarn immer noch ganze Geschwader (geo)politischer Blindgänger gibt, die der Überzeugung anhängen, bei der jeweils amtierenden US-Administration handele es sich um Freunde der Europäer, die ganz und gar uneigennützig, aus altruistischen und philanthropischen Motiven heraus zum Wohle Europas Weltpolitik betreiben.

Derartige Illusionen hat sich Deutschlands hochgeschätzter Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt, dem nun wahrhaftig nicht der Ruf vorausseilt, ein fanatischer Anti-Amerikaner zu sein, längst abgeschminkt. Von ähnlichen Erkenntnissen mag er dazu inspiriert worden sein, auf dem diesjährigen Podium der Münchner (Un-)Sicherheitskonferenz Moderator Josef Joffe, den habituellen Statthalter US-amerikanischer Interessen beim Frontblatt eines überkommenen Transatlantizismus', der ZEIT, auf dessen Frage nach der Zukunft der NATO mit der knochentrockenen Bemerkung abzukanzeln: „Mir ist das ziemlich gleichgültig, ob sie in zehn Jahren noch existiert.“⁴¹ Bereits ein Jahrzehnt zu-

³⁸ Friedman, George: U.S. Defense Policy in the Wake of the Ukrainian“, Geopolitical Weekly, Tuesday, April 8, 2014, <http://www.stratfor.com/weekly/us-defense-policy-wake-ukrainian-affair>.

³⁹ Vgl. hierzu Mackinder, Halford: Democratic Ideals and Reality, New York 1919 sowie Anonym: Heartland-Theorie; <http://de.wikipedia.org/wiki/Heartland-Theorie>.

⁴⁰ Vgl. hierzu Mahan, Alfred Thayer: The Influence of Sea Power upon History, 1660-1783. Little, Brown & Co, New York 1890; sowie Anonym: The Influence of Sea Power upon History; http://de.wikipedia.org/wiki/Der_Einfluss_der_Seemacht_auf_die_Geschichte.

⁴¹ Zit. n. Blumencron, Mathias Müller von: „Ist mir doch egal, ob es die Nato in zehn Jahren noch gibt“. Es war wie eine Zeitreise: Schmidt, Kissinger, Bahr und Giscard d'Estaing debattieren gemeinsam

vor hatte er zur US-amerikanischen Geostrategie angemerkt: „[Ich bin] überzeugt ..., dass wir Europäer uns nicht zu Instrumenten amerikanischer hegemonialer Macht machen lassen dürfen. Die Europäer müssen versuchen, im Sinne ihrer Sicht und ihrer Interessen Einfluß zu nehmen. Solange aber die supermächtigen USA darauf beharren sollten, unilateral, das heißt allein zu entscheiden und unilateral militärisch zu handeln, so müssen wir das in gelassener Würde ertragen.“⁴² Und ein Jahr später sah er sich gar veranlaßt, wortwörtlich den „die gegenwärtige imperialistische Einstellung der USA“⁴³ zu monieren.

Nimmt man die Annotationen des „Elder Statesman's“ Schmidt sowie die zuvor entwickelte Analyse ernst, so ergibt sich die zwingende Konklusion, daß es im existentiellen Interesse Europas liegt, eine tragfähige sicherheitspolitische Alternative gegen die US-amerikanisch Form von Amok-Politik zu entwickeln. Im Kern geht es dabei um nichts Geringeres als die Frage, ob das „Alte Europa“, wie US-Kriegsminister Donald Rumsfeld vor dem Irak-Desaster selbstgerecht höhnte, angesichts der hegemonialen Attitüden der militärischen „Hypermacht“ USA unter einer globalen „Pax Americana“ zu leben gewillt ist. Für eine Europäische Union, die sich vom Vasallenstatus gegenüber der atlantischen Hegemonialmacht befreien will, folgt daraus, daß der Königsweg zur Unabhängigkeit mitnichten darin bestehen kann, nun ihrerseits Status und Potenz einer globalen Militärmacht anzustreben, sondern vielmehr im klugen Gebrauch von Diplomatie und wirtschaftlicher Stärke im Rahmen einer eigenen geoökonomisch fundierten Globalstrategie. Darüber hinaus erscheint speziell aus deutscher Sicht nach Jahrzehnten der uneingeschränkten „Luftherrschaft“ der „Atlantiker“ über den Domänen der strategischen Debatte die Zeit reif für eine „neo-gaullistische“ Wende.

b. Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion – ein Alternativmodell

Die essentiellen Begründungen für die vertiefte Integration der Europäischen Union liefert der bereits erwähnte Jürgen Habermas, wenn er konstatiert: „Zum einen haben kleinere und mittlere Nationalstaaten alleine kaum noch eine Chance, je für sich auf

auf der Bühne über Außenpolitik , zwei Newcomer dürfen mitmachen. Was haben sie uns zu sagen?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. Februar 2014; <http://www.faz.net/aktuell/politik/muenchener-sicherheitskonferenz-ist-mir-doch-egal-ob-es-die-nato-in-zehn-jahren-noch-gibt-12780370.html>.

⁴² Schmidt, Helmut: „Mäßigung ist eine Kardinaltugend“, in: Die Zeit, Nr. 16, 10. April 2003, S. 13.

⁴³ Schmidt, Helmut: „Wir verändern das Land gerade“ Helmut Schmidt im Gespräch mit jungen chinesischen Intellektuellen – über Kultur und Markt, Demokratie und Nationalismus, in: Die Zeit, Nr. 11, 4. April 2004, S. 20.

das weltpolitische Geschehen Einfluß zu nehmen. Zum anderen besteht in der multikulturell gespaltenen, aber systemisch ausdifferenzierten Weltgesellschaft keine Aussicht auf die transnationale Institutionalisierung einer Weltinnenpolitik, wenn sich die Nationalstaaten nicht – neben »geborenen« Weltmächten wie den USA, Russland, China und Indien – zu global handlungsfähigen regionalen Regimes in der Art der EU zusammenschließen.⁴⁴ Selbst einer der Hauptrepräsentanten des außenpolitischen Establishments der Berliner Republik, der konservative Historiker Heinrich August Winkler, mahnt mehr europäisches Engagement der Europäer auf dem Felde der Sicherheitspolitik an: „Die Mitglieder der EU werden mehr als bisher für ihre gemeinsame äußere Sicherheit tun und diese arbeitsteilig organisieren müssen, wenn sie ihre einseitige Abhängigkeit von den USA verringern wollen. Andernfalls werden die Proteste gegen den amerikanischen Unilateralismus nur ein Ausdruck europäischer Ohnmacht bleiben.“⁴⁵

Sehr dezidiert beantwortet einer der renommiertesten Vordenker der sogenannten „Strategic Community“, der selbst einen ganz entscheidenden Beitrag zur friedlichen Beilegung des Ost-West-Konfliktes geleistet hat, Egon Bahr nämlich, die Frage, ob und warum die Europäische Union eine eigenständige Sicherheitspolitik braucht⁴⁶. Unter Rekurs auf den ja bereits mehrfach genannten US-amerikanischen Chefstrategen Zbigniew Brzezinski, den er mit den Worten zitiert, daß „Europa sicherheitspolitisch ein Protektorat Amerikas bleibt“, schließt er unmißverständlich: „Das verlangt die Bildung einer europäischen Armee. Sie wäre die natürliche Fortsetzung der Europäisierung Europas, wie sie schon formuliert wurde, als es noch zwei Supermächte gab. Die eine ist nun weg und diese Selbstbestimmung ist nur noch im Verhältnis zu Amerika zu gewinnen. Das geht jedoch nur ohne England.“⁴⁷ Denn, so Bahr: „Die Interessen Amerikas

⁴⁴ *Habermas, Jürgen*: Erste Hilfe für Europa. Die europäischen Regierungen müssen über ihren Schatten springen – und den eigenen Bürgern endlich die Chance geben, über die Zukunft der Union zu entscheiden, in: *Die Zeit*, Nr. 49, 29. November 2007, S. 6.

⁴⁵ *Winkler, Heinrich August*: Wenn die Macht Recht spricht. Eine konservative Revolution bedroht das weltgeschichtliche Erbe Amerikas. Jetzt muss Europa die westlichen Werte verteidigen, in: *Die Zeit*, Nr. 26, 18. Juni 2003, S. 8.

⁴⁶ *Bahr, Egon*: Braucht die Europäische Union eine eigenständige Sicherheitspolitik?, in: Staack, Michael/Krause, Dan (Hrsg.): *Europa als sicherheitspolitischer Akteur*, Opladen, Berlin & Toronto 2014, S.15 – 24.

⁴⁷ *Bahr, Egon*: a. a. O., S. 18. Letztere Feststellung begründet Bahr wie folgt: „England beharrte erfolgreich auf seiner Weigerung, sich unwiderruflich und vollständig an den Kontinent zu binden. Die *special relationship* blieb über sechs Jahrzehnte hinweg bestimmend, unabhängig davon, wer die Regierung in London führte, Der britische Historiker Garton Ash beschwor in einem Buch die Europäer:

und Englands ergänzen sich. Würde dagegen die EU ihren Beschlüssen folgen und die Integration auf die Außen- und Sicherheitspolitik ausdehnen, müsste sie eine europäische Armee schaffen. Doch davon ist keine Rede mehr. Die durch Amerika gelenkte NATO ist einfacher.“⁴⁸

Die Leitidee europäischer Streitkräfte definiert Bahr so: „Die europäische Armee würde der Vision folgen, die Präsident Bush Senior nach der Befreiung Kuwaits formuliert hat: „Eine Welt, in der die Herrschaft des Rechts die Welt des Dschungels ablöst, eine Welt, in der die Starken die Rechte der Schwachen respektieren. Mit dieser Haltung wird eine Politik der Gewalt im Grunde zu einer Negation des Rechts erklärt. ... Eine europäische Armee muss modern ausgerüstet, einheitlich ausgebildet und durch ein eigenes Kommando führbar sein. Sie würde nicht ohne ein Mandat der Vereinten Nationen eingesetzt werden. Sie müsste als ein konventionelles Instrument, das die atomaren Realitäten unberührt lässt, dazu fähig sein, die Verpflichtungen der Stabilität in kritischen Regionen militärisch zu garantieren – also zu verhindern, dass aus einer Krise Kriege werden – oder Zeit gewinnen können, um Frieden zu schaffen. Eine europäische Armee bedroht niemanden. Sie würde dem Ziel Europas dienen, einen globalen Pol zu bilden, den die Welt nicht entbehren möchte. ... Sie wäre die logische Fortsetzung des Anspruchs auf eine globale Rolle, der schon mit der Schaffung des Euro erhoben worden ist und damit der wohl unentbehrliche Schritt, damit aus der bloß angemähten Bezeichnung Union wirklich eine Europäische Union werden kann.“⁴⁹

Welchem Maßstab aber müsste eine zukünftige „Europäische Verteidigungsunion“ genügen und nach welchen Kriterien wäre sie zu konstruieren? Wie Egon Bahr postuliert, stellt die *Conditio sine qua non* fraglos die strikte Verpflichtung auf und die Bindung an das Völkerrecht dar – und zwar des in der Charta der Vereinten Nationen definierten, nicht des von juristischen Zuhältern nach der jeweiligen Interessenlage des US-

„Verlangt nicht von uns dieses Sonderverhältnis zu Amerika aufzugeben; es würde uns zerreißen.“ Dieser Standpunkt ist verständlich. Solange er dominierend bleibt, macht allerdings England umgekehrt das Ziel der globalen Handlungsfähigkeit Europas gegenstandslos.

Tony Blair und Gordon Brown haben als Premierminister in aller Form niedergelegt, dass sich Großbritannien in vitalen Fragen seiner nationalen Interessen durch das Dokument nicht gebunden fühlt. Was nationales Interesse ist, wird in London und nicht in Brüssel bestimmt. Von der Einführung des Euro ist keine Rede. Nur wenig vereinfacht heißt das: England bleibt in seiner komfortablen Situation, an allen Vorteilen des Gemeinsamen Marktes teilzunehmen und mitzubestimmen, aber sich einem außen- und sicherheitspolitischen selbstbestimmten Europa zu verweigern. Ja zur *Software*, nein zur *Hardware*.“

⁴⁸ Bahr, Egon: a. a. O., S. 21.

⁴⁹ Bahr, Egon: a. a. O., S. 18f.

Hegemonen zurechtgebogenen. Im Klartext: Im Rahmen einer zukünftigen „Europäischen Verteidigungsunion“ dürfte militärische Gewaltanwendung ausschließlich entweder auf der Grundlage eines eindeutigen, gemäß Kap. VII SVN erteilten Mandates des UN-Sicherheitsrates resp. alternativ der OSZE als regionaler Abmachung der Vereinten Nationen (Kap. VIII SVN) erfolgen oder aber im Rahmen individueller bzw. kollektiver Selbstverteidigung gemäß Art. 51 SVN. Unzweifelhaft ausgeschlossen bleiben müßte jegliche Form der Selbstermächtigung wie sie in der Vergangenheit bereits mehrfach durch die US-dominierte NATO praktiziert wurde.

Darüber hinaus wären die Mitgliedstaaten der Europäischen Union gefordert, ihre gemeinsamen außen- und sicherheitspolitischen Interessen, also Gegenstand und Geltungsbereich einer zukünftigen „Europäischen Verteidigungsunion“, zu definieren. Mindestens zwei Faktoren wären diesbezüglich zu beachten: Erstens, nicht einer verengten militärischen Sichtweise anheim zu fallen und in der Folge dann nach dem Muster USA jedes politische Problem als Nagel zu definieren, bloß weil man über einen schlagkräftigen militärischen Hammer verfügt. Und zweitens wäre zu berücksichtigen, daß der militärische Interessenhorizont der Europäischen Union keinesfalls globale Dimension besitzt, sondern regional begrenzt bleibt. Die für Europa sicherheitspolitisch relevanten Problemlagen existieren nämlich ohnehin an seiner Peripherie, d. h. im Osten und im Mittelmeerraum, dem europäischen „Mare Nostrum“. Wie nicht zuletzt die aktuellen krisenhaften und bürgerkriegsartigen Szenarien in Syrien und der Ukraine belegen, entziehen sich all die politischen, ökonomischen, demographischen und ökologischen Probleme und Konflikte a priori einer Lösung mit militärischen Mitteln. Deshalb gilt es besonderes Augenmerk auf die traditionellen Stärken der Europäischen Union zu richten, nämlich geduldige Diplomatie, multilaterale Konfliktlösung, Stärkung der Vereinten Nationen, kurz: mühsame Friedensarbeit. Die unabdingbare materielle Unterfütterung derartiger Friedenspolitik vermag das erhebliche ökonomische Potential zu leisten, das die Europäische Union hierzu in die Waagschale werfen kann und das den Vergleich mit demjenigen der USA mitnichten zu scheuen braucht. Nicht die „Enttabuisierung des Militärischen“ ist in diesem Kontext demnach gefragt, sondern die Rückbesinnung auf eine der Vernunft und der Humanität verpflichtete „Kultur der Zurückhaltung“, gerade was die Anwendung militärischer Macht angeht.

Nichtsdestoweniger kann es Situationen geben, in denen der Rückgriff auf das militärische Potential einer zukünftigen „Europäischen Verteidigungsunion“ die letzte Option

darstellt, um einen Konflikt, der bereits eskaliert ist oder unmittelbar zu eskalieren droht, soweit zu sedieren, daß Diplomatie überhaupt wieder eine Chance hat, sich im Sinne einer politischen Konfliktlösung mit friedlichen Mitteln auszuwirken – die unter der Ägide der Europäischen Union in Mazedonien stattgefundene „Mission Concordia“ oder auch die erfolgreich abgeschlossene Mission zur Absicherung der demokratischen Wahlen im Kongo mag einen Eindruck hiervon vermitteln.

Der konzeptionelle Schlüsselbegriff hinsichtlich einer zukünftigen „Europäischen Verteidigungsunion“ lautet demnach: Begrenzung – und zwar in mehrfacher Hinsicht:

Erstens geht es nicht um Hegemonie oder gar Imperialismus qua militärischer Machtentfaltung nach dem abschreckenden Beispiel der USA, sondern im Gegenteil um die friedenssichernde und friedensverträgliche Beschränkung der militärstrategischen Ambitionen der Europäischen Union. Nicht „Frieden schaffen mit aller Gewalt“, sondern: „Der Frieden ist der Ernstfall“, muß die Devise lauten.

Zweitens wird die Sicherheit der Europäischen Union eben gerade nicht durch sicherheitspolitische Ersatzhandlungen „am Hindukusch“ verteidigt wie ein bundesdeutscher Verteidigungsminister mit seinem wahrhaft genialen Geistesblitz dem staunenden Publikum weiszumachen versuchte, sondern primär im Mittelmeer und an dessen Küsten. Der Aktionsradius der zukünftigen „Europäischen Verteidigungsunion“ muß also auch geographisch vernünftig limitiert bleiben.

Drittens gilt, daß militärisches Dominanzstreben oder gar militaristischer Größenwahn à la USA der Raison d'être einer zukünftigen „Europäischen Verteidigungsunion“ völlig zuwiderlaufen würde, offenbart sich doch mittlerweile immer deutlicher, daß die Absurdität einer derartigen Politik allererst diejenigen Probleme generiert, die zu bewältigen sie vorgibt. Das koloniale Abenteuer der USA und ihrer Vasallen im Irak illustriert bis auf den heutigen Tag eindrücklich, wo die Gefahren liegen. Und auch in Afghanistan sind die Hilfstruppen der NATO gemeinsam mit ihrer Führungsmacht mit Volldampf in eine verheerende Niederlage gerauscht – trotz aller nachdrücklichen Warnungen. Was den von den USA inszenierten sogenannten „Krieg gegen den Terror“ anbelangt, so gilt für die Europäer generell, daß für sie das Risiko, ins Fadenkreuz des islamistischen Terrors zu geraten, umso höher wird, je mehr sie sich an der Seite der Imperialmacht exponieren. Für die Europäische Union ergibt sich daraus die Konsequenz, Abstand zu den USA zu halten, sich gegenüber der islamischen Welt als eigenständiger Akteur zu

präsentieren sowie glaubwürdige politische und ökonomische Alternativen anzubieten.

Letzteres wiederum bedingt, **viertens**, daß die Europäische Union als Völkerrechtssubjekt den völkerrechtlichen Status der Neutralität⁵⁰ erklärt und einnimmt. Zugleich impliziert dies, daß eine zukünftige Europäische Verteidigungsunion den Status bewaffneter Neutralität⁵¹ wahrt. Im völkerrechtlichen Sinne wird Neutralität heute vor allem militärisch definiert: Neutral ist, wer keiner offensiv kriegführenden Kriegspartei oder keinem militärischen Bündnis angehört. Militärische Verteidigung ist einem Neutralen aber erlaubt, in gewissen Fällen ist er sogar dazu verpflichtet. Desgleichen schließt Neutralität keineswegs die aktive Mitwirkung an Maßnahmen im Rahmen und strikt nach den Regeln der Charta der Vereinten Nationen aus; dies gilt insbesondere auch für militärische Zwangsmaßnahmen gemäß deren einschlägigen Kapitels VII. Freilich müßte die Europäische Union entsprechend den in den Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 festgelegten Prinzipien bereits in Friedenszeiten ihre Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik resp. Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik so betreiben, daß sie im Falle eines bewaffneten glaubhaft darlegen kann, keine der Konfliktparteien zu bevorzugen oder zu benachteiligen sowie an keinen Kampfhandlungen teilzunehmen oder gar sie zu fördern. Aus dem Prinzip der Bündnisfreiheit folgt selbstredend zwingend der Austritt der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten aus dem klassischen Militärbündnis der NATO.

Davon abgesehen betrifft ein völkerrechtlicher Neutralitätsstatus nicht allein militärische Angelegenheiten, sondern ebenso wirtschaftliche Beziehungen, die neutral zu gestalten sind. Die Politik eines Neutralen umfaßt somit nicht nur die formale Bündnisfreiheit, sondern auch das Glaubhaftmachen der neutralen Haltung. Die Vorteile einer derartigen Neutralitätspolitik liegen auf der Hand: Erstens werden Neutrale, da sie sich nicht an Militärbündnissen beteiligen, von Gegnern dieser Bündnisse in der Regel nicht als Bedrohung wahrgenommen und daher nicht angegriffen. Und zweitens können Neutrale durch aktive Neutralitätspolitik zur Stabilisierung von internationalen Krisen beitragen und bieten sich als Austragungsorte für Verhandlungen zwischen verfeindeten Bünd-

⁵⁰ Vgl. *Anonym*: Neutralität_(Internationale_Politik), [http://de.wikipedia.org/wiki/Neutralität_\(Internationale_Politik\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Neutralität_(Internationale_Politik)).

⁵¹ Als bewaffnete Neutralität wird allgemein das Bemühen eines oder mehrerer Staaten angesehen, seine Neutralität und somit seine Unabhängigkeit bewaffnet zu verteidigen – im Gegensatz zur unbewaffneten Neutralität, deren Preis zumeist eine Entmilitarisierung im Gegenzug einer Anerkennung der Unabhängigkeit durch Dritte ist; vgl. *Anonym*: Bewaffnete Neutralität, http://de.wikipedia.org/wiki/Bewaffnete_Neutralität.

nissen an.

Im Hinblick auf die angestrebte „Europäische Verteidigungsunion“ kann somit lediglich ein militärisches Residualpotential als legitim erscheinen, das gleichwohl einer strategisch begrenzten Zielsetzung operativ genügen muß. Aus bitterer historischer Erfahrung klug geworden hat das alte Europa vor allem der Maxime zu folgen: „Frieden schaffen mit möglichst wenigen Waffen“. Wenn der deutschen und der europäischen Öffentlichkeit an einem solchermaßen konzipierten Projekt einer neutralen und unparteiischen Friedensmacht Europa gelegen ist, die sich auf den langen Marsch zu einem demokratischen, sozialen und ökologischen Universalismus begibt, so scheint sie zweifelsohne gut beraten, die Vision einer „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion“ ständig kritisch, fast möchte man sagen: mißtrauisch zu begleiten.

Der Autor war Oberstleutnant der Bundeswehr und ist Mitglied im Vorstand des „Darmstädter Signals“, des Forums für kritische StaatsbürgerInnen in Uniform.